Stenographisches Protokoll

**50. Sitzung der XI. Wahlperiode des Burgenländischen Landtages
Montag, den 20. Dezember 1971**

Protokollauszug

Ich schlage auch zu diesem Tagesordnungspunkt vor, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Das Hohe Haus ist mit meinem Vorschlag einverstanden.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, das Wort zu ergreifen.

Berichterstatter Dr. **Katsich**: Hohes Haus! Mit der zur Beratung stehenden Regierungsvorlage Zl. 11 — 95 soll die gesamte Materie des Gemeindebedienstetenrechtes mit Wirksamkeitsbeginn vom 1. Jänner 1972 neu geregelt werden.

Diese Neuregelung soll sowohl für die Beamten als auch für die Vertragsbediensteten der burgenländischen Gemeinden sowie der Freistädte Eisenstadt und Rust erfolgen.

Zur Vorberatung der gesamten Materie war ein eigener Ausschuß eingesetzt, der alle aufgeworfenen Fragen und Probleme eingehend diskutiert und behandelt hat.

Der nun vorliegende Entwurf gliedert sich in fünf Teile. Der 1. Teil befaßt sich mit den Gemeindebeamten, der 2. Teil mit den Gemeindevertragsbediensteten, der 3. Teil mit den Gemeindeverbandsbediensteten der Freistädte Eisenstadt und Rust, und der 5. Teil enthält die Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Der genaue Wortlaut der Vorlage ist den Damen und Herren des Hohen Hauses bekannt.

Der Rechtsausschuß und der Finanzausschuß haben sich in ihren Sitzungen am 16. Dezember d. J. mit der Vorlage eingehend befaßt, diese durchberaten und sie einstimmig unverändert angenommen.

Namens der beiden Ausschüsse empfehle ich dem Hohen Haus, die Vorlage unverändert anzunehmen.

Präsident: Danke schön.

Ich erteile zur Debatte dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Karall das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Karall** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wem immer sich die Möglichkeit geboten hat, das Burgenland von Kittsee bis Kalch zu bereisen und kennenzulernen, dem wird es nicht schwerfallen, bei angestellten Vergleichen der Vergangenheit zur Gegenwart den gewaltigen Fortschritt, die imponierenden Aufbauleistungen zu registrieren, die eine laufende Veränderung des Antlitzes des Burgenlandes zu dem sich nunmehr bietenden Gesamtbild bewirkten. Zu jenem anmutigen Bild, in dem das Burgenland nicht nur seinen Bewohnern lieb und teuer ist, sondern in dem es sich bei vielen Gästen und Fremden weit über die Landesgrenzen hinaus hoher Wertschätzung und Anerkennung erfreut.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanzausschusses betreffend den Gesetzentwurf über das Dienstrecht der Beamten und Vertragsbediensteten der Gemeinden (Gemeindebedienstetengesetz 1971) (Zl. 11 — 95)

Präsident: Der 5. Punkt betrifft das Gemeindebedienstetengesetz 1971.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Doktor Katsich.

Alle diese erbrachten Leistungen sind unserer fleißigen Bevölkerung, der gemeinsamen Arbeit aller aufbauwilligen Kräfte unserer Heimat, den Verantwortlichen auf Landes- und Gemeindeebene und sonstigen öffentlichen und privaten Einrichtungen zu danken. Und gerade unsere Gemeinden sind in vielen Fällen — sicherlich zum Teil mit Unterstützung des Bundes und des Landes — die Träger dieses Aufbauprozesses. Sie haben durch den Ausbau der Orts- und Gemeindestraßen einschließlich der erforderlichen Nebenanlagen, durch die Trink- und Nutzwasserversorgung, die Kanalisierung, die Ortsbeleuchtung sowie die Stromnetzverstärkung die Grundlagen zur verstärkten Wohnbautätigkeit, zur Ortsverschönerung, zur Hebung des Fremdenverkehrs, zur Ansiedlung neuer Betriebe und vieles andere mehr geschaffen.

Für die Bewältigung dieser beispielhaft angeführten Maßnahmen gebührt der Dank den Bürgermeistern und Gemeinderäten unserer Gemeinden, aber ebenso den Gemeindebediensteten, den leitenden Amtmännern an der Spitze, die durch ihre Dienstleistungen als Berater der gewählten politischen Funktionäre und als beamtete Leiter der Gemeindeämter wesentlichen Anteil an der ordnungsgemäßen Vollziehung der Privatwirtschaftsverwaltung der Gemeinden haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Insbesondere die Stärkung der Autonomie der Gemeinden, die durch die Bundes-Verfassungsnovelle 1962 normiert wurde, hat den Gemeinden umfassende Rechte und damit selbstverständlich auch die dazugehörige Verantwortung übertragen, die in manchen Bereichen bis fast an die Grenze der Zumutbarkeit bzw. der Leistungskapazität kleinerer Gemeinden reicht.

Aber nicht nur daß der Arbeitsanfall bei den Gemeinden sowohl im eigenen wie im übertragenen Wirkungsbereich fortlaufend steigt, werden auch die anstehenden Fragenkomplexe hinsichtlich der fachlichen Problematik und deren verwaltungstechnische Bewältigung immer schwieriger.

Die Aufzählung der in einer Gemeinde zu lösenden Probleme wäre sicherlich unvollkommen, würde man die permanente Hauptsorge unserer Gemeinde, nämlich die Finanzsorge verschweigen wollen. Unter diesen Aspekten hat der leitende Amtmann seinen Dienst in der Gemeinde zu versehen, und in diesem Lichte sind die Leistungen der führenden Gemeindebeamten als Beitrag für die aufstrebende Entwicklung in den Gemeinden zu sehen.

Ich glaube, daß gerade der jetzige Zeitpunkt, der mit der Beschlußfassung dieses Gesetzentwurfes eine markante Zäsur bilden wird, eine angebrachte Gelegenheit darstellt, die Leistungen der Gemeindebediensteten, vor allem der leitenden Amtmänner, auch von dieser Stelle aus entsprechend zu würdigen. Ich darf daher namens der ÖVP-Fraktion diesen den aufrichtigen Dank für die bisher er-

brachten Leistungen zum Wohle unserer Heimat aussprechen. (Beifall bei der ÖVP.)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die nunmehr zur Beratung stehende Gesetzesvorlage zählt zu jenen Gesetzesmaterien, die trotz wiederholt notwendig gewordener Unterbrechungen als das Produkt gemeinsamer intensiver Bemühungen um eine optimale Lösung angesehen werden kann.

Wie schon bei der Vorberatung anderer Gesetze, zum Beispiel der Burgenländischen Bauordnung oder des Raumplanungsgesetzes, wurde auch hier ein Arbeitsausschuß unter der Leitung des Gemeindereferenten Landesrat Dr. Grohotolsky eingesetzt, dem weitere Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung und Abgeordnete beider hier im Hohen Haus vertretenen Parteien sowie Beamte angehörten. Während der Burgenländische Gemeindebund und der Verband sozialistischer Gemeindevertreter durch politische Funktionäre zeitweise in diesem Ausschuß mitgewirkt haben, wurde den Dienstnehmervertretungen wiederholt die Möglichkeit zur Stellungnahme und damit zum Vorbringen ihrer Wünsche geboten.

Der Gesetzentwurf gliedert sich in fünf Hauptteile, wie wir schon vom Berichterstatter gehört haben. Im 1. Teil geht es um die Regelung der Dienstrechte der Gemeindebeamten und im 2. Teil um die der Gemeindevertragsbediensteten.

Das Dienstrecht der Gemeindeamtänner ist derzeit durch das Landesgesetz Nr. 96/1926 und seine vielen Novellen sowie durch das Landesgesetz Nr. 2/1949 geregelt. Auf Grund der Burgenländischen Gemeindeordnung, LGBl. Nr. 37/1965, die ihrerseits wieder auf Grund der Bundes-Verfassungsgesetznovelle 1962 erlassen wurde, erfolgte eine Änderung des Gemeinderechtes. Gemäß dem Auftrag des Bundes-Verfassungsgesetzgebers, und zwar dem Gesetz BGBl. Nr. 274/68, ist das Gemeindebeamtengesetz 1926 an den Artikel 118 der Bundesverfassung anzupassen. Da eine Novellierung des allgemein veralteten Dienstrechtes für unzweckmäßig erachtet wurde, sollte ein neues Gesetz geschaffen werden. Doch ehe der heute vorliegende Entwurf endgültige Kontur und Gestalt angenommen hat, war ein weiter Weg zu beschreiten.

Zu Beginn des Jahres 1968 wurde der erste Gesetzentwurf beim Amt der Landesregierung ausgearbeitet und im September 1968 den Interessenvertretungen zur Begutachtung versendet. Aus den daraus eingelangten Stellungnahmen galt es unter anderem die Frage zu lösen, ob das Dienstrecht der Gemeindebeamten und das der Gemeindevertragsbediensteten in einem gemeinsamen Gesetzeswerk oder — wie ursprünglich vorgesehen — in Analogie zum Dienstrecht der Bundesbediensteten in getrennten Gesetzen behandelt werden sollten. Dazwischen wurde noch die Erlassung eines eigenen Beamtengesetzes notwendig, da die bisherige Anwendung der Bundesautomatik in Dienstrechtsangelegenheiten der Landesbeamten in der

bisherigen Form wohl Gefahr lief, wegen Verfassungswidrigkeit aufgehoben zu werden.

Im März 1971 wurde dann dieses Landesbeamtenengesetz auch beschlossen, und die zweite Ergänzung hiezu hat ja der Hohe Landtag vor kurzem verabschiedet.

Im Mai 1971 konnte in einem eingesetzten Arbeitsausschuß dann endgültig darüber Einigung erzielt werden, daß nunmehr ein gemeinsames Gemeindebedienstetengesetz geschaffen werden soll.

Voraussetzung hierfür war jedoch die Erlassung eines eigenen Landesvertragsbedienstetengesetzes, das sodann am 9. 7. 1971 vom Landtag beschlossen wurde. Dieser räumt den Vertragsbediensteten unter anderem einen verstärkten Kündigungsschutz und den gesetzlichen Anspruch auf die Abfertigung bei Kündigung des Dienstverhältnisses durch den Dienstnehmer zum Zwecke der Erlangung der Pension ein.

Schließlich galt es dann doch die dritte Hürde zu nehmen. Durch die Verabschiedung des Gemeindestrukturverbesserungsgesetzes 1970 wurde es notwendig, die bis dahin bestehenden 68 Verwaltungsgemeinschaften auf 14 Verwaltungsgemeinschaften zu verringern.

Im Zuge der angestellten Überlegungen um die Rechtspersönlichkeit einer solchen Verwaltungsgemeinschaft, die für die Wahrnehmung der Rechte als Dienstgeber für Gemeindeamtswärter und Gemeindevertragsbedienstete sowie für die Aufbringung des Amtssachaufwandes gegeben war, obsiegt die Auffassung, daß der Schaffung von Gemeindeverbänden anstelle der bisherigen Verwaltungsgemeinschaften der Vorzug einzuräumen wäre. Diese werden nunmehr im 3. Hauptteil geregelt.

Im 4. Hauptteil des Gesetzentwurfes werden die Bestimmungen für die Bediensteten der Freistädte Eisenstadt und Rust festgehalten, während im 5. Hauptteil die gemeinsamen Übergangs- und Schlußbestimmungen untergebracht sind.

Bevor ich einige Bemerkungen zu den einzelnen Hauptteilen anbringe, sei es mir gestattet, den Mitgliedern des Arbeitsausschusses, den Politikern und Beamten, vor allem aber seinem Vorsitzenden, Herrn Landesrat Dr. Grohotolsky, aber auch allen sonstigen Beamten und Interessensvertretern, die an der Erstellung dieses umfangreichen Entwurfes mitgewirkt haben, zu danken. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Hohes Haus! Gestatten Sie mir, jene Bestimmungen dieses Gesetzes etwas näher zu beleuchten, die sich entweder von dem bisherigen Gesetzestext grundlegend unterscheiden oder mir sonst als hervorhebenswert erscheinen.

Im 1. Teil wird im § 3 im großen und ganzen die Geltung des Dienstrechtes der Landesbeamten für die Gemeindebeamten normiert.

Das im § 4 fixierte Anstellungserfordernis für einen Gemeindebeamten ist die Vollmatura. Da in manchen Kreisen über andere Erfordernisse mitunter lebhaft diskutiert wurde, darf die nunmehrige Fassung nicht nur als Zug angesehen werden, welcher der bisherigen seit dem vorigen Jahrhundert geübten Tradition und Übung folgt, sondern vor allem als Würdigung der richtigen Einschätzung der Tätigkeit der Gemeindeamtswärter und der Bedeutung des von ihnen zu besorgenden Aufgabenkreises.

Im § 10 wird in den Dienstklassen VI und VII die Einführung neuer Amtstitel, nämlich „Gemeindeamtsrat“ und „Gemeindeoberamtsrat“ festgelegt. Den leitenden Beamten wird hinkünftig die Funktionsbezeichnung „Leiter des Gemeindeamtes“ zustehen.

In Disziplinarangelegenheiten hatte bisher die in jedem Bezirk etablierte Disziplinarkommission zusammenzutreten, während nunmehr gemäß § 17 zur Durchführung des Disziplinarverfahrens eine Disziplinarkommission beim Amt der Burgenländischen Landesregierung eingerichtet werden soll.

Der Abschnitt über die Kostentragung, die §§ 22 bis 24, war Gegenstand intensiver Beratungen, aber auch lebhafter Diskussionen. Aus verfassungsmäßigen Gründen war es nicht mehr möglich, daß das Land den Pensionsaufwand in der bisherigen Form trägt, sondern es wird den Aufwand den Gemeinden zu refundieren haben. Hiemit geht also die Berechnung und die Anweisung der Pensionen in die Kompetenz der Gemeinden über. Diese Tatsache, die aus der gegebenen Rechtslage zwingend hervorgeht, wird von vielen als unbefriedigend empfunden. Sollte die derzeitige bewährte Praxis, daß die Bemessung und Anweisung vom Land vorgenommen wird, beibehalten werden, so wäre dies nur mittels einer Übertragung der Kompetenzen durch entsprechende Anträge der Gemeinden und durch Verordnung der Landesregierung gemäß Artikel 118 Abs. 7 der Bundesverfassung möglich.

Grundsätzlich steht nunmehr einer Beförderung der leitenden Gemeindebeamten in die Dienstklasse VII nichts im Wege. Gemäß § 22 Abs. 2 soll jedoch die Burgenländische Landesregierung ermächtigt werden, die Beförderung von 10 Prozent der leitenden Gemeindebeamten in die Dienstklasse VII und damit die Übernahme der vollen Pensionslast zu bewilligen.

Die im § 22 Abs. 3 normierte Erhöhung des Gemeindeanteiles des Pensionsbeitrages für den vom Land zu refundierenden Pensionsaufwand um 5 Prozent gegenüber der jetzigen Regelung ist den Abgeordneten dieses Hauses sicherlich nicht leicht gefallen, zumal ihnen ja die wirtschaftliche Situation in unseren Gemeinden sehr wohl bekannt ist. Auch hier können die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dkfm. Balla nur unterstrichen werden.

Es wird daher besonderer Anstrengungen der Vertreter der Gemeinden bedürfen, bei den laufen-

den Verhandlungen um den Abschluß eines neuen Finanzausgleiches ihre aus der Autonomie der Gemeinden erfließenden berechtigten Anliegen wirksam unterzubringen. Denn nur dann wird es möglich sein, die Gemeinden im ländlichen Raum mit jenen Mitteln auszustatten, die sie zur Lösung der bevorstehenden wichtigen zukünftigen Aufgaben dringend benötigen.

Der § 25 regelt die Zuständigkeit der Dienstbehörde, wobei die Entscheidung über die wichtigsten dienstrechtlichen Angelegenheiten dem Gemeinderat vorbehalten werden wird. Um eine gleichmäßige Behandlung der Gemeindebediensteten zu gewährleisten, soll aber gemäß § 25 Abs. 5 der Landesregierung die Erlassung von Teuerungszulagenverordnungen sowie von Verordnungen über die Festsetzung der Mindestpensionen vorbehalten werden.

Ebenso sind im § 27 sämtliche dienstrechtlichen Maßnahmen, die auf eine Erhöhung der Pension hinauslaufen, an die Genehmigung der Landesregierung gebunden, da das Land letztlich den Pensionsaufwand zu refundieren haben wird. Dabei ist im Absatz 2 genau festgelegt — um hier nicht in Widerspruch zu der Kompetenz der Gemeinden zu kommen —, unter welchen Voraussetzungen eine Genehmigung von der Landesregierung überhaupt versagt werden darf.

Die Übergangsbestimmungen der §§ 29 und 30 beinhalten die Festlegung, daß die Gemeindeamt-männer der Verwendungsgruppe C sowie die § 5-Bediensteten grundsätzlich in die Verwendungsgruppe B zu überstellen sind, womit den besonderen Wünschen und Forderungen des Vereines der Gemeindeamt-männer und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Rechnung getragen werden konnte.

Der 2. Hauptteil des Gesetzes enthält die Bestimmungen für die Vertragsbediensteten der Gemeinden. Aus verfassungsrechtlichen Gründen konnte eine gesetzliche Regelung nur für jene Gemeindevertragsbediensteten getroffen werden, die behördliche Aufgaben zu erfüllen haben. Für die in der Wirtschaftsverwaltung tätigen Gemeindevertragsbediensteten steht ja bekanntlich die Gesetzgebungskompetenz dem Bund zu.

Da die Bundesländer aber seit geraumer Zeit in verschiedenen Forderungsprogrammen die Übertragung der gesamten Gesetzgebungskompetenz für alle Kategorien von Landes- und Gemeindebediensteten schon seit längerer Zeit verlangt haben und der Bund bereits eine entsprechende Bundesgesetznovelle zur Begutachtung versendet hat, wird es hoffentlich in absehbarer Zeit möglich sein, auch die in der Wirtschaftsverwaltung tätigen Gemeindebediensteten in den Wirkungsbereich dieses von uns zu verabschiedenden Gesetzes einzubeziehen.

Im 3. Hauptteil ist in § 33 die Bildung, Änderung und Auflösung der Gemeindeverbände durch Verordnung der Landesregierung vorgesehen, wobei den beteiligten Gemeinden ein Anhörungsrecht eingeräumt wurde.

In den §§ 34 bis 36 werden die Organe der Gemeindeverbände sowie die Art ihrer Bestellung behandelt. Hiebei ist bemerkenswert, daß die Anzahl der Mitglieder des Gemeindeverbandsausschusses je nach der Einwohnerzahl der Gemeinden zwischen 2 und 6 begrenzt wurde.

Der § 37 befaßt sich mit der Aufbringung der Mittel des Gemeindeverbandes, und zwar nach einem bestimmten Schlüssel, der dort festgelegt ist. Dabei wird allerdings der neue Kostenteilungsschlüssel für die derzeit bestehenden Verwaltungsgemeinschaften — die kraft Gesetzes nunmehr Gemeindeverbände werden — gemäß § 43 Abs. 5 erst dann zum Tragen kommen, falls der Gemeindeverbandsausschuß dies ausdrücklich beschließt und damit den für die Verwaltungsgemeinschaft bisher geltenden Kostenteilungsschlüssel aufhebt.

Die Bestimmungen für die Bediensteten der Freistädte Eisenstadt und Rust enthält der 4. Hauptteil des Gesetzes, in dem die öffentlich-rechtlichen Bediensteten der beiden Freistädte nunmehr erstmalig, Herr Bürgermeister von Eisenstadt, gesetzliche Vorschriften in Ausführung des § 27 des Eisenstädter und auch des Ruster Stadtrechtes in Kraft gesetzt erhalten. (*Abg. Probst: Da wird er sich freuen! — Heiterkeit.*)

Im § 41 wird für die Beamten der beiden Freistädte nicht eine eigene Disziplinarkommission vorgesehen — wie dies bei den Gemeindeamt-männern eingerichtet wird —, sondern bestimmt, daß die entsprechenden Disziplinarkommissionen für die Landesbeamten auch für die Beamten dieser beiden Freistädte wirken werden.

In den gemeinsamen Übergangsbestimmungen des 5. Hauptteiles werden gemäß § 43 die bestehenden Verwaltungsgemeinschaften zu Gemeindeverbänden transformiert, wobei die Organe der Gemeindeverbände auf Grund der im Gesetz vorgesehenen Frist praktisch unverzüglich nach Inkrafttreten des Gesetzes zu bestellen sein werden.

Als Wirksamkeitsbeginn dieses Gesetzes ist der 1. Jänner 1972 vorgesehen. Hiezu bedarf es aber neben der Aufhebung der bisher geltenden dienstrechtlichen Vorschriften auch der Aufhebung des 2. Halbsatzes des § 46 Abs. 2 der Burgenländischen Gemeindeordnung durch eine entsprechende Verfassungsbestimmung.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nach diesem Versuch, die wesentlichen Merkmale dieses umfassenden Gesetzeswerkes herauszustellen, darf ich feststellen, daß mit der gründlichen Vorbera-tung die Voraussetzung für eine Beschlußfassung in unserem Hause gegeben erscheint.

Wir haben gemeinsam eine Gesetzesmaterie behandelt, von der wir glauben, daß sie die verschiedenen Standpunkte, die es früher gegeben hat, so gut es möglich war, in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt, von der wir jedoch überzeugt sind, daß sie ob ihres modernen Aufbaues und ihres modernen, fortschrittlichen Gehaltes wiederum lange Zeit hindurch eine geeignete Grundlage darstellen wird, die im Gesetz verankerten Angelegenheiten zur Zufriedenheit der Dienstgeber, der Dienstnehmer, aber auch des Landes zu regeln.

In diesem Sinne darf ich namens der ÖVP-Fraktion die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf erklären. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Moser das Wort.

Abgeordneter **Moser** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Bundes-Verfassungsgesetznovelle aus dem Jahre 1962 die eigentliche Ursache dafür ist, warum im Burgenländischen Landtag mehrere Materien geändert werden mußten. Dazu gehört auch das Gemeinderecht.

Wer die Situation auf dem Sektor des burgenländischen Gemeinderechtes kennt, weiß, wie schwierig die Entwicklung gewesen ist, wie schwierig diese Materie zu lösen war, und es hat daher etwas länger gedauert. Ich möchte ebenfalls allen jenen, die hier mitgewirkt haben, Dank sagen.

Mit der nunmehrigen Beschlußfassung über die in Verhandlung stehende Gesetzesvorlage finden langjährige Bemühungen ein Ende. Ja, ich möchte feststellen, daß mit der Beschlußfassung über diese Vorlage nicht nur unser Jubiläumsjahr einen würdigen Abschluß findet, sondern wir schaffen für den größten Teil unserer Gemeindebediensteten ein neues, modernes, zeitangepaßtes Dienstrecht.

Wer die Situation in der Vergangenheit kennt, weiß, daß es lange Zeit eigentlich nur ein Dienstrecht für die Gemeindebeamten gegeben hat, welches dann aufgehoben wurde, und damit hatten wir praktisch seit dem Jahr 1969 einen gesetzlosen Zustand. Für alle übrigen Bediensteten der Gemeinden gab es lange Zeit überhaupt kein Dienstrecht. Daß das für diese Dienstnehmer ein großer Nachteil war, wird jedem von Ihnen einleuchten; noch dazu, wenn man weiß, wie es um die Situation der Gemeinden im allgemeinen und im besonderen um ihre finanzielle Situation gestanden ist.

Man hat gehört, daß es in früheren Zeiten sogar der Fall war, daß Gemeindeposten in der Weise vergeben wurden, daß jener den Posten erhielt, der bei der Lizitation nach unten am weitesten mitgegangen ist. Es war daher ein Anliegen der Gewerkschaft, alles daranzusetzen, um diesen Zustand abzustellen.

Ich darf Ihnen sagen, daß es langer Jahre bedurfte, um hier eine Regelung herbeizuführen. Im

Jahr 1959 hat der Burgenländische Landtag ein Gesetz beschlossen, wonach die Bediensteten, die behördliche Aufgaben zu erfüllen haben, unter das Vertragsbedienstetengesetz fallen — aber, wie gesagt, nur jene, die behördliche Aufgaben zu erfüllen haben. Für die anderen gab es ebenfalls wieder keine gesetzliche Regelung.

Es haben sich fortschrittliche Gemeindevertretungen dazu bekannt, für diese Dienstnehmer, welche die gleichen Verdienste wie alle anderen beim Aufbau der Gemeinden haben, das Vertragsbedienstetengesetz anzuwenden. Leider ist es aber nicht überall geschehen, und es gibt heute noch Fälle, wo der eine oder andere Dienstnehmer, der lange Zeit im Gemeindedienst gestanden ist, wenn er dann in Pension geht, keine Abfertigung usw. erhält, weil man ihm sagt: Du bist nur nach dem Kollektivvertrag entlohnt, du hast keinen Vertrag, du bekommst daher nichts! — Es ist jedoch nicht im Sinne einer modernen Sozialpolitik gelegen, daß man manche von den Fortschritten ausschließt.

Der vorliegende Gesetzentwurf beendet also den gesetzlosen Zustand, und zwar den kurzen gesetzlosen Zustand für die Beamten.

Ich glaube, ich kann es mir ersparen, hier auf den Inhalt näher einzugehen; Kollege Karall hat das ja sehr ausführlich getan.

Der 1. Teil enthält — wie schon dargestellt — eine Regelung für die Beamten, eine wesentliche Verbesserung gegenüber der alten Regelung, hier vor allem, wenn auch eingeschränkt, die Dienstklasse VII, er behandelt die Frage der Amtstitel, des Disziplinarrechtes usw. Zu begrüßen ist auch die Überführung der langjährigen Diener in den Gemeindeämtern — ich meine damit jene, die in leitender Stelle tätig sind und nur die Verwendungsgruppe C haben — in B.

Der 2. Teil beinhaltet die Regelung für jene Dienstnehmer, die behördliche Aufgaben zu erfüllen haben. Hier ist der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten ein sehr großer Erfolg gelungen, denn die Gewerkschaft hat verschiedene Wünsche gestellt, die einfach bis jetzt noch gar nicht in einer gesetzlichen Regelung enthalten waren. Um das für die burgenländischen Gemeindebediensteten zu erreichen, mußte nämlich das Landesvertragsbedienstetengesetz geändert werden, und den Damen und Herren des Hohen Hauses ist bekannt, daß wir diese Regelung am 9. 7. dieses Jahres getroffen haben.

Dort haben wir festgelegt, daß der Kündigungsschutz verbessert wird, dort haben wir festgesetzt, daß die burgenländischen Vertragsbediensteten, die Anspruch auf Ruhegenuß haben, wenn sie aus dem Dienstverhältnis ausscheiden, die Abfertigung bekommen.

So hatten also die Vertreter der Gemeindebediensteten indirekt den Landesbediensteten gehol-

fen, denn auf Grund ihrer Initiative ist diese Bestimmung in das Gesetz gekommen und ist meines Wissens eine der fortschrittlichsten in ganz Österreich.

Zum 3. Teil brauche ich auch nicht sehr viel zu sagen; ebenfalls nicht zum 4. und zum 5. Teil.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß dieses Gesetz einen wesentlichen Fortschritt bedeutet — leider, wie bereits angeführt, nicht für alle Gemeindebediensteten, denn es bleibt wieder ein Teil der Gemeindebediensteten von dieser Regelung unberührt, und es ist nur zu hoffen, daß die Bundes-Verfassungsgesetznovelle, die, wie bereits erwähnt, im Begutachtungsverfahren steht, so bald als nur möglich Gesetz wird. Denn die Menschen darauf zu vertrösten, daß sie auf die Gemeindevertretungen angewiesen sind, wenn es darum geht, ob sie ihnen einen Vertrag geben oder nicht, das hinterläßt immer wieder ein unangenehmes Gefühl, wenn der einzelne auf seinen Gemeinderat oder auf seinen Bürgermeister angewiesen ist, während es für einen anderen Teil auf Grund der Gesetze eine gegebene Tatsache ist.

Auf Grund der Zusammenlegungen unserer Gemeinden, auf Grund der erweiterten Tätigkeit unserer Gemeinden werden es nämlich in Zukunft immer mehr Menschen sein, die bei unseren Gemeinden beschäftigt sind. Wir bauen Wasserleitungen, wir bauen Kanalisationen, man spricht von der Müllabfuhr, von Verbänden usw., wir müssen Gemeindestraßen betreuen, wir müssen die neuen großen Schulen warten, die neuen großen Bäder müssen gewartet werden. Es sind immer mehr Menschen, die diese Aufgaben zu besorgen haben, für die aber keine gesetzliche Regelung vorhanden ist.

Wie gesagt: nicht in allen Fällen sind die Gemeindevertretungen bereit, hier etwas zu tun. (Abgeordneter Dkfm. Balla: Bundeskompetenz!) Es ist, wie gesagt, zu hoffen, daß wir diese Kompetenz bekommen. (Abg. Probst: Nicht immer dreinreden!)

Ich möchte noch auf ein Gebiet aufmerksam machen, das auch einer Lösung bedarf. Wir haben jetzt im Burgenland bereits mehrere Verbände, und zwar die Wasserleitungsverbände, Abwasserverbände, und es soll auch ein Müllverwertungsverband oder es sollen mehrere solcher kommen. Für die dortigen Angestellten, für die dortigen Bediensteten besteht die gleiche Situation, daß für sie keine gesetzliche Regelung vorhanden ist. Man hilft sich auch hier damit, daß man analog das Vertragsbedienstetengesetz anwendet. Ich glaube, das hier zur Sprache bringen zu müssen, . . . (Abg. Dipl.-Ing. Karall: Wir haben Kollektivverträge, und wir haben in der Privatwirtschaftsverwaltung die Bundeskompetenz!)

Herr Kollege! Ich habe ja gesagt, daß im Zuge der Bundes-Verfassungsgesetznovelle uns diese Kom-

petenz übertragen werden soll — Sie haben anscheinend nicht zugehört —, damit wir diese Probleme lösen können. Denn daß es einer Regelung bedarf — ich glaube, das brauchen wir hier nicht zu sagen, denn, wie erwähnt, beim Wasserleitungsverband usw. sind schon viele Dienstnehmer, und wir müssen trachten, daß auch diese Dienstnehmer nicht nur eine gesetzliche Regelung erhalten, sondern daß sie diese dann auch in Anspruch nehmen können. (Abg. Tinhof: Sie können ja nicht verschlechtert werden! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Sie brauchen mir das nicht erklären. Ich weiß Bescheid, wieviel Leute zur Gewerkschaft kommen, mit welchen Problemen wir uns zu befassen haben und wie oft wir intervenieren müssen, damit diese Menschen ihre Ansprüche erfüllt bekommen. (Abgeordneter Dipl.-Ing. Karall: Aber vom Wasserleitungsverband? — Abg. Tinhof: Da wird sich der Obmann freuen!) Nein, nein. (Zwischenruf des Abg. Probst.) Sie wollen mir nicht folgen. Ich habe erklärt: Man hilft sich dadurch (Abg. Probst, zur ÖVP: Treten Sie sich ja keinen Nagel ein!), daß man analog anwendet. Beim Wasserleitungsverband Burgenland gibt es keine Schwierigkeiten (Abg. Tinhof: Na sehen Sie! 100 Arbeitnehmer!), aber es gibt Verbände, die gegründet werden, und dann kommen die Angestellten zu uns und fragen: Was bekomme ich, wenn ich übertrete?, usw., und wir können ihnen nichts sagen, wenn wir nicht wissen, was dieser Vorstand beschließen wird, weil die gesetzliche Regelung nicht vorhanden ist. (Abg. Tinhof: Schlechte Funktionäre!)

Aber eines steht fest, meine Damen und Herren: Wenn wir bereit sind, eine gesetzliche Regelung für die Beamten und für die Vertragsbediensteten, welche behördliche Aufgaben zu erfüllen haben, zu schaffen, müssen wir uns auch dafür verwenden. Ich habe schon gesagt: Wir warten auf die Möglichkeit, auf die Kompetenz dazu.

Wenn wir wenige Tage vor Weihnachten, möchte ich sagen, fast als Christkind für einen Teil der Gemeindebeamten wirken, so soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß dadurch für unsere Gemeinden auch höhere Belastungen entstehen. Sicherlich sind die Gemeinden bereit, diese Belastungen zu tragen, weil sie wissen, für wen sie es tun.

Es ist erfreulich, daß im Zusammenhang mit der Beratung dieses Gesetzes und mit der Beratung des Gemeindegesetzes Gedanken aufgetaucht sind, wie man in Zukunft den Gemeinden gewisse Lasten abnehmen kann. Ich denke hier konkret an die vorgesehene Beschlußfassung über ein Kindergarten-gesetz. (Allgemeiner Beifall.)

Wenn auch der gesamte Landtag und die Landesregierung eine äußerst gemeindefreundliche Haltung einnehmen, dürfen wir doch nicht vergessen, daß den Gemeinden immer mehr und mehr Aufgaben übertragen werden, ohne daß sie in al-

len Fällen die Kosten, die Belastungen voll ersetzt erhalten. (*Demonstrativer Beifall bei der ÖVP.*) Dazu kommt, daß die Gemeinden ja praktisch keine Möglichkeit der Erschließung von Einnahmequellen haben, ja das Gegenteil ist häufig der Fall.

Meine Damen und Herren! Ich darf daher als der Sprecher der Sozialistischen Partei, der Führungspartei dieses Landes, zum Ausdruck bringen, daß wir selbstverständlich für dieses Gesetz stimmen werden. Dieses Gesetz kann als ein Teil der Anerkennung unserer Bediensteten, angefangen vom Oberamtmann (*Abg. T i n h o f: Oberamtsrat!*) bis zum Gemeindearbeiter, aufgefaßt werden, wenn auch, wie bereits erwähnt, ein Teil von ihnen noch nicht betroffen wird.

Denn wenn wir nunmehr auf den Ablauf unseres Jubiläumsjahres zurückblicken und unser Land wie nie zuvor in der Öffentlichkeit gestanden ist und einen äußerst positiven Eindruck hinterlassen hat, so ist das nicht zuletzt auf die Tätigkeit, auf die Arbeit unserer Gemeinden zurückzuführen. (*Allgemeiner Beifall.*)

Die Beschlüsse der Gemeindevertretungen hätten nicht durchgeführt werden können, wenn sich nicht die Gemeindevertreter und die Bürgermeister auf ihre Verwaltungsbeamten verlassen hätten können. (*Abg. Dipl.-Ing. Karall: Hört man nicht immer von Ihrer Seite!*)

Sie wissen: Das System unserer Bürgermeister ist etwas schwierig. Wir haben noch sehr viele Bürgermeister, die nicht hauptberuflich als Bürgermeister tätig sind — das heißt, wir haben fast gar keine, nur einige wenige, die auf Grund ihres Mandates vielleicht freigestellt worden sind —, und die Bürgermeister, die so überlastet sind, müssen sich, wie gesagt, in vielen Fällen auf die Bediensteten — und hier vor allem auf die Oberamtmänner und Amtmänner usw. — verlassen können, und ich möchte auch dafür unseren Beamten recht herzlich danken. (*Allgemeiner Beifall.*)

Wenn wir wollen, daß die Entwicklung so weitergeht, dann glaube ich, ist die Situation so, daß die Gesetzgebung mit unserem neuen Gesetz einem Teil unserer Beamten ein modernes Gesetz gegeben hat, ein Dienstrecht, das es weiteren Menschen ermöglicht, in den Gemeindedienst einzutreten, der nicht so einfach ist, der sehr, sehr schwierig ist.

Es sind heute eine Reihe von Amtmännern, Oberamtmännern und Bediensteten von Gemeinden da, und diese wissen, was sie alles zu bewältigen haben. An sie werden Fragen herangetragen, die in einer Zentralstelle mehrere, ja sogar viele Bedienstete behandeln müssen. Der Amtmann, der Oberamtmann oder der Bedienstete in der Gemeinde draußen muß fast über alle Materien Bescheid wissen, weil eben die Menschen zuerst ins Gemeindegam kommen.

In dieser Art fassen wir Sozialisten dieses Gesetz als einen Teil des Dankes und der Anerkennung für unsere Beamten auf und haben gleichzeitig die Hoffnung, daß in diesem Sinne weitergearbeitet wird. Ich danke schön. (*Allgemeiner Beifall.*)

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten.

Es ist niemand mehr zum Wort gemeldet. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort?

Berichterstatter Dr. **Katsich:** Ich verzichte.

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung.

Da dieses Gesetz Verfassungsbestimmungen enthält, ist die Beschlußfassung nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und bei einer Zweidrittelmehrheit möglich.

Ich ersuche jene Abgeordneten, die dem Gesetz in der vorliegenden Fassung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung mit qualifizierter Mehrheit angenommen.

Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Ich ersuche jene Abgeordneten, die dem Gesetz auch in dritter Lesung die Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Ich konstatiere die Annahme des Gesetzes auch in dritter Lesung mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit.